

12/SN-49/ME 1. Nach 3

**Landesschulrat für Niederösterreich**

1013 Wien, Wipplingerstraße 28

Parteienverkehr Dienstag 8 — 12 Uhr

Landesschulrat für Niederösterreich, 1013

A. Bauer

An das  
Präsidium des Nationalrates  
Parlament

1010 Wien

I-103/44-1987

Beilagen

Bei Antwort bitte Zahl angeben

ENTWURF	
Z. 49 - GE 9/87	
Datum:	30. SEP. 1987
Verteilt:	30. SEP. 1987

NEUE TEL. NR.

53 414

Bezug

Bearbeiter

(0 222) 66 17 80 Durchwahl

Datum

28.9.1987

Betrifft

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem  
das Schulzeitgesetz 1985 geändert wird

Zu ob. Bezug legt der Landesschulrat für NÖ die vom Kollegium  
des Landesschulrates für NÖ beschlossene Stellungnahme mit  
dem Ersuchen um Kenntnisnahme vor.



Der Amtsführende Präsident

*[Handwritten Signature]*

Abgeordneter zum Nationalrat

Landesschulrat für Niederösterreich

## STELLUNGNAHME

zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Schulzeitgesetz 1985 geändert wird

Vorbemerkung:

Ausgangspunkt der Diskussion um die Gestaltung der Schulzeit ist der Umstand, daß die derzeitige Regelung für Schüler, Pädagogen und Eltern nicht günstig ist. Es wäre wünschenswert, daß beide Semester die gleiche Dauer haben (vor allem soll die Zeitspanne, die für intensives Unterrichten und Lernen genützt werden kann, gleich lang sein). Bedacht sollte werden, daß einerseits die Klagen der Eltern und Schüler über den gerade im Monat Jänner zunehmenden Schulstreß, welcher durch das häufige Zusammentreffen von Schikursen und Prüfungen in diesem Monat entsteht, immer mehr zunehmen und andererseits jedoch die Zahl jener Eltern, die mit ihren Kindern in den Semesterferien auf Urlaub fahren, immer geringer wird.

Außerdem tritt ein spürbarer Erholungswert eines Urlaubes erst bei einem zweiwöchigen Urlaub ein.

Darüberhinaus wäre zu bedenken, daß auch nach einer flexibleren Gestaltung der Semesterferientermine die Bundesländer Niederösterreich und Wien ihre Ferientermine auf jeden Fall koordinieren müßten, sodaß eine wesentliche Entlastung der Verkehrssituation gerade zu Ferienbeginn voraussichtlich nicht zu erwarten ist. Der Landesschulrat für NÖ erachtet es daher für notwendig, die Gesamteinteilung des Schuljahres zu überdenken und dabei eine pädagogisch sinnvolle und daher schülerzentrierte Lösung anzustreben. Dabei sollte auch am Standpunkt festgehalten werden, daß es nicht Aufgabe der Schule ist, Probleme, die in anderen Bereichen entstehen (z.B. Fremdenverkehr) zu lösen.

Der vorliegende Entwurf ist als "kleine Lösung" zu betrachten, deren Effekt, gemessen an den zeit- und kostenintensiven Vorbereitungen, gering ist und der die wirklich anstehenden Probleme nicht löst.

Landesschulrat für Niederösterreich

## STELLUNGNAHME

zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Schulzeitgesetz 1985 geändert wird

Vorbemerkung:

Ausgangspunkt der Diskussion um die Gestaltung der Schulzeit ist der Umstand, daß die derzeitige Regelung für Schüler, Pädagogen und Eltern nicht günstig ist. Es wäre wünschenswert, daß beide Semester die gleiche Dauer haben (vor allem soll die Zeitspanne, die für intensives Unterrichten und Lernen genützt werden kann, gleich lang sein). Bedacht sollte werden, daß einerseits die Klagen der Eltern und Schüler über den gerade im Monat Jänner zunehmenden Schulstreß, welcher durch das häufige Zusammentreffen von Schikursen und Prüfungen in diesem Monat entsteht, immer mehr zunehmen und andererseits jedoch die Zahl jener Eltern, die mit ihren Kindern in den Semesterferien auf Urlaub fahren, immer geringer wird. Außerdem tritt ein spürbarer Erholungswert eines Urlaubes erst bei einem zweiwöchigen Urlaub ein. Darüberhinaus wäre zu bedenken, daß auch nach einer flexibleren Gestaltung der Semesterferientermine die Bundesländer Niederösterreich und Wien ihre Ferientermine auf jeden Fall koordinieren müßten, sodaß eine wesentliche Entlastung der Verkehrssituation gerade zu Ferienbeginn voraussichtlich nicht zu erwarten ist. Der Landesschulrat für NÖ erachtet es daher für notwendig, die Gesamteinteilung des Schuljahres zu überdenken und dabei eine pädagogisch sinnvolle und daher schülerzentrierte Lösung anzustreben. Dabei sollte auch am Standpunkt festgehalten werden, daß es nicht Aufgabe der Schule ist, Probleme, die in anderen Bereichen entstehen (z.B. Fremdenverkehr) zu lösen.

Der vorliegende Entwurf ist als "kleine Lösung" zu betrachten, deren Effekt, gemessen an den zeit- und kostenintensiven Vorberatungen, gering ist und der die wirklich anstehenden Probleme nicht löst.